



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.org>
<http://www.cdu-csu-ep.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 18. Oktober 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Deutliches Nord-Süd-Gefälle bei Wiedereinziehung von EU-Mitteln

Bei der Wiedereinziehung unrechtmäßig verausgabter EU-Mittel gibt es nach Angaben von EVP-ED-Schattenberichterstatteerin Inge Gräßle ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. "Diese Mittel müssen nach geltender Rechtslage über die Mitgliedstaaten wieder eingezogen werden. Hier gibt es große Unterschiede zwischen den nationalen Wiedereinziehungsquoten, wobei sich insbesondere einige Nettoempfänger aus dem Süden Europas durch besondere Schludrigkeit hervortun. Aus meiner Sicht ist das ein deutlicher Schlag ins Gesicht der Nettozahler", kritisierte die CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg heute in Brüssel.

Die stellvertretende Koordinatorin im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments nannte als besonders eklatantes Beispiel den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL). "Derzeit gibt es allein hier Außenstände in Höhe von über 2 Milliarden Euro, nachdem bisher lediglich 20 Prozent der Mittel wieder dem Gemeinschaftshaushalt zugeführt wurden, also vier Fünftel noch immer anhängig sind. Dabei hält Spanien mit einer Wiedereinziehungsquote von gerade einmal 4,9 Prozent den absoluten Negativrekord", erklärte Inge Gräßle.

Diese Zahlen machten deutlich, dass das bestehende System nichts anderes als eine "Einladung zum Fördermittelmisbrauch" sei. "Die entscheidende Frage ist deshalb, wie wir hier Verbesserungen im Interesse aller Beteiligten erreichen können. Die Einrichtung eines Europäischen Staatsanwalts erscheint mir dafür wenig praktikabel. Sie würde nur zu noch mehr Bürokratie führen. Da die Mitgliedstaaten aber den Großteil der EU-Mittel verausgaben, müssen sie auch dafür sorgen, dass dies korrekt geschieht. Ich schlage deshalb einen Abzug der ausstehenden Beträge nach einer entsprechenden Frist und individuell für jedes Mitgliedsland aus dem jeweils laufenden EU-Haushalt vor", so Inge Gräßle weiter.

Erforderlich sei dazu jedoch eine entsprechende Änderung der EU-Haushaltsordnung. "Hierzu brauchen wir die entsprechenden Mehrheiten, die aufgrund der größeren Zahl von Nettoempfängern schwer zu erreichen sein wird. Dennoch muss die Bundesregierung angesichts von gut 6 Milliarden Euro Gesamtaußenständen dieses Thema im Rat ansprechen, damit spätestens 2009 bei der Revision der EU-Finanzplanung substantielle Verbesserungen im Interesse der europäischen Steuerzahler erzielt werden können", betonte Inge Gräßle abschließend.

**Für weitere Informationen: Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868
EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144**

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament
Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 97 21 44 (GSM)
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder +32 - 478 - 21 53 72 (GSM)
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044